

# Zeit Zeichen

NUMMER 4 | DEZEMBER 2023 | Magazin der Kath. Arbeitnehmer:innen Bewegung Österreich | 68. Jahrgang | 5 Euro | Jahresabo 17 €



Mit  
Regionalteil:  
Steiermark  
und Wien

## Demokratie

### Was stärkt? Was gefährdet?

FOTO: ISTOCK | AKARAWUT LOHACHAROENVANICH



#### **Demokratiezerstörung nach Drehbuch**

Österreichs Weg in eine „beschädigte Demokratie“ und notwendige Reformen

**Seite 4**

#### **Heiliger Josef statt Hans Kelsen**

Religionspolitik im Austrofaschismus

**Seite 6**

#### **Demokratie geht anders**

Erwerbsarbeit und Sorgearbeit als Orte des Ringens um (Re-)Demokratisierung

**Seite 14**

## Inhalt

- 3 **Kommentar**  
ANNA WALL-STRASSER
- 4 **Demokratiezerstörung nach Drehbuch**  
Österreichs Weg in eine „beschädigte Demokratie“  
und notwendige Reformen  
TAMARA EHS
- 6 **Heiliger Josef statt Hans Kelsen**  
Religionspolitik im Austrofaschismus  
WERNER ANZENBERGER
- 8 **Ständestaat und katholische Kirche**  
Eine Analyse  
MICHAELA SOHN-KRONTHALER
- 10 **Die Arbeiterbewegung als Triebkraft  
der Demokratie**  
Geschichtlicher Abriss eines Verhältnisses  
SILVIA HRUSCHKA-FRANK
- 12 **Mehr Beteiligung  
in Wirtschaft und Betrieb**  
Demokratie am Arbeitsplatz ist Voraussetzung  
für eine starke Demokratie  
WOLFGANG GREIF
- 14 **Demokratie geht anders**  
Erwerbsarbeit und Sorgearbeit als Orte  
des Ringens um (Re-)Demokratisierung  
MARGIT APPEL
- 16 **Demokratiegefährdung durch  
religiösen Fundamentalismus**  
Über fundamentalistische Tendenzen in  
monotheistischen Religionen als Reaktion  
auf Modernisierungsprozesse  
MARTIN HOCHEGGER
- 18 **Kommentar**  
KARL IMMERVOLL
- 19 **Demokratie braucht Zeit**  
Verkommt die Demokratie zum Störfaktor in einer  
ökonomisierten Gesellschaft?  
KARL BRUNNER
- 20 **BUCH-TIPP**

## Editorial

„Demokratie auf dem Prüfstand“ – auch das hätte einen Titel für die vorliegende Ausgabe von ZeitZeichen abgegeben, denn: in unterschiedlichen Graden sind Demokratien in Europa und weltweit, auch die in Österreich, ins Wanken geraten. Was gefährdet Demokratie? Was stärkt sie? Die Demokratieforscherin Tamara Ehs gibt eingangs einen Überblick über Instrumentarien und Erscheinungsweisen des Demokratieabbaus und empfiehlt, hierzulande auf die Zwischenkriegszeit zurückzuschauen: „Zwar ist die Ausgangslage für Österreich heute um ein Vielfaches besser, weil die Sicherungssysteme gefestigt und die internationale Einbindung stärker sind, dennoch können aus der Erfahrung der Zerstörung der Ersten Republik Lehren gezogen werden.“ Im kommenden Jahr, 2024, jährt sich die Gründung des faschistischen Ständestaats in Österreich zum 90. Mal. ZeitZeichen schaut zurück und nimmt insbesondere die Rolle der katholischen Kirche im Zuge der seinerzeitigen politischen Entwicklungen in den Blick. Was hat diese Rolle während des Erosionsprozesses der Demokratie in den 20er- und 30er-Jahren ausgemacht? Das analysiert der Historiker und Leiter der sozialpolitischen Abteilung der steirischen Arbeiterkammer Werner Anzenberger. Wie sind katholische Kirche und das Dollfuß-/Schuschnigg-Regime zueinander gestanden? Dieser Frage geht die Kirchenhistorikerin Michaela Sohn-Kronthaler nach. Weit zurück in die Geschichte schaut die Direktorin der Arbeiterkammer Wien, Silvia Hruschka-Frank, um den Beitrag der Arbeiterbewegung zur Entwicklung und Durchsetzung demokratischer Strukturen in Österreich nachzuzeichnen – und dem häufig unreflektierten Ausdruck, die Erste Republik sei einfachhin „entstanden“, historische Fakten entgegenzusetzen. Was Demokratie heutzutage stärken kann, erörtert Wolfgang Greif, Leiter der Bildungsabteilung der Gewerkschaft der Privatangestellten, aus Sicht von Arbeitnehmer:innen: ausgeprägte Beteiligungs- und Mitbestimmungsstrukturen in Betrieb und Wirtschaft seien ein wesentlicher Beitrag zu einer lebendigen Demokratie. Und Margit Appel, Politologin und gemeinsam mit Barbara Prainsack Autorin des im Jänner erscheinenden Buches „Arbeit-Care-Grundeinkommen“, fokussiert auf Erwerbs- und Sorgearbeit als wesentliche „Orte des Ringens um (Re-)Demokratisierung“. Und Kirche und Religion heute? „Demokratie braucht Religion“, konstatiert KABÖ-Betriebsseelsorger Karl Immervoll, ein waches Auge aber müsse auf fundamentalistische Tendenzen in allen monotheistischen Religionen geworfen werden, denn diese, so der steirische KAB-Vorsitzende Martin Hochegger, gefährdeten – in Reaktion auf Modernisierungsprozesse – die Demokratie. Jedenfalls: braucht Demokratie eine gepflegte Streitkultur, wie KABÖ-Vorsitzende Anna Wall-Strasser feststellt. Die Autorin Susanne Jalka hat kürzlich dazu ein ganzes Buch geschrieben, die Forderung ist Titel: „Streitkompetenz“.

Elisabeth Ohnemus, Chefredakteurin

## KOMMENTAR

### ZUR PERSON

Anna Wall-Strasser, Theologin, ehem. Betriebsseelsorgerin, langjährig tätig im Bereich mensch&arbeit der Diözese Linz, ist Vorsitzende der Katholischen Arbeitnehmer:innen Bewegung Österreich. FOTO: PRIVAT



## Streiten ist wichtig

Mit der Demokratie geht es bergab – dieser Befund ist relativ einfach formuliert und wissenschaftlich untermauert. Der Demokratie-Monitor zeigt auch in Österreich nach unten, die Zufriedenheit mit dem politischen System ist in allen Bevölkerungsgruppen gesunken. Sowohl bei uns als auch – noch deutlicher – in immer mehr EU-Ländern wächst der Rechtspopulismus, und demokratiefeindliche Politiker:innen übernehmen Regierungsämter. Und weltweit gibt es erstmals mehr geschlossene Autokratien als liberale Demokratien. Beim Befund stehen zubleiben und resignierend zu jammern ist allerdings nicht die Sache der KAB. Was sind die Ursachen, und was sind unsere – von der jesuanischen Befreiungsbotschaft getragenen – Vorstellungen einer demokratischen Gesellschaft? Und vor allem: was ist zu tun, und was ist unsere Verantwortung dabei? Mit diesen Fragen nach dem traditionellen Dreischritt Sehen – Urteilen – Handeln beschäftigten sich KAB-Verantwortliche aus Portugal, Spanien, Frankreich, der Schweiz, Österreich, Deutschland und Südtirol in einem gemeinsamen Seminar, ebenso bei der Bundeskonferenz der KABÖ.

### Eine lebendige Demokratie stärkt sozialen Wohlstand

Die steigende soziale Ungleichheit ist in all diesen Ländern spürbar. Reichtum und Macht sind immer mehr konzentriert. Das ist gleichzeitig Ursache als auch Auswirkung von demokratischem Verfall. Menschen, die sich als abgehängt von Wohlstand und wirksamer Beteiligung erleben, projizieren die Lösung ihrer Probleme leicht auf rechtspopulistische Führerfiguren, auch wenn diese niemals eine Verbesserung ihrer sozialen Probleme umsetzen. Eine lebendige Demokratie stärkt sozialen Wohlstand, und umgekehrt. Wenn wir eine Gesellschaft wollen, in der alle Menschen sich beteiligen und würdig leben können, muss an beiden Stellschrauben gedreht werden.

### Meinungsstreit als ultimative Form der Demokratie

„Die ultimative demokratische Form ist der Meinungsstreit“ – das las ich unlängst in einem Kommentar der Philosophin Isolde Charim. Nun bin ich persönlich von meinem Naturell

(oder meiner weiblichen Sozialisation?) her nicht sonderlich streitlustig. Wenn es jedoch um zentrale demokratische Werte wie Menschenwürde und Gerechtigkeit geht ist nobles Schweigen nicht angesagt. Es gilt, sich einzumischen in die politische Debatte, am Kaffeehaus- oder Wirtshaustisch genauso wie in öffentlichen Räumen oder bei Veranstaltungen. Nur dort dabei zu sein, wo ohnehin alle gleich ticken, ist einfach, aber angesichts der gesellschaftlichen Entwicklungen nicht sonderlich produktiv. Es fordert auch mir einiges an Mut und Standfestigkeit ab, populistisch-nationalistische Äußerungen nicht einfach zu überhören oder in sozialen Netzen zu überlesen. Zuhören und im Gespräch bleiben und deutlich sagen, wofür man/frau steht, ist wichtiger denn je.

### KAB schafft Räume für Meinungsbildung

Als KAB schaffen wir in unseren Runden, Veranstaltungen und Aktionen notwendige Räume für Meinungsbildung und politische Auseinandersetzung. Wir bringen Menschen miteinander ins Gespräch und ermöglichen dadurch Begegnungen und Erfahrungen, die bisherige ‚Blasen‘ übersteigen. Aus der Beschäftigung mit Arbeiter:innen- und Kirchengeschichte wollen wir Erkenntnisse gewinnen, heute auf Gefährdungen der Demokratie aufmerksam zu reagieren und uns aktiv gegen nationalistische, rechtspopulistische oder antisemitische Kräfte zu stellen. In der Demokratie und für die Demokratie zu streiten ist wichtig und nötig, mehr denn je.



KABÖ Bundeskonferenz in Aktion im Oktober 2023 FOTO: KABÖ

# Demokratiezerstörung nach Drehbuch

## Österreichs Weg in eine „beschädigte Demokratie“ und notwendige Reformen

Was hat dazu geführt, dass Österreich 2022 zu einer „Wahldemokratie“ herabgestuft wurde? Inwieweit sind Vergleiche der Gegenwart mit den 1930er Jahren gerechtfertigt? Vor welchen Herausforderungen stehen organisierte Arbeitnehmer:innen, wo Autokratisierung droht? Welche Reformen braucht es, um einen (weiteren) Demokratieabbau zu verhindern? Eine Analyse von **TAMARA EHS**, Politikwissenschaftlerin mit dem Hauptaugenmerk auf „demokratische Sorgearbeit“, politische Erwachsenenbildnerin und Beraterin für Gemeinden u.a. mit dem Format der „Demokratie-Repaircafés“, Trägerin des Wissenschaftspreises des Österreichischen Parlaments. Forschungsaufenthalte führten Ehs zuletzt an die Goethe-Universität in Frankfurt und an die Ungarische Akademie der Wissenschaften in Budapest.

Demokratie umfasst viel mehr als wählen. Sie benötigt Grund- und Freiheitsrechte, eine starke Zivilgesellschaft, freie Medien, parlamentarische Oppositionsrechte und eine unabhängige Rechtsprechung. Gegenwärtig ist sie unter Druck. Der weltweite Demokratieindex V-Dem belegt, dass es zum ersten Mal seit zwei Jahrzehnten mehr geschlossene Autokratien als liberale Demokratien gibt. Österreich wurde 2022 zu einer „Wahldemokratie“ herabgestuft. Die Begründung lag im deutlichen Rückgang der Indikatoren für transparente Gesetze und ihre berechenbare Durchsetzung. Ungarn ist gar nur mehr als „Wahlautokratie“ gelistet und würde nicht mehr die politischen Beitrittskriterien der Europäischen Union erfüllen. Der für unser Nachbarland verwendete Begriff

„illiberale Demokratie“ umschreibt Erosionsprozesse, in denen die Institutionen des demokratischen Rechtsstaats nicht abgeschafft, aber ihrer Funktion beraubt werden. Weiterhin finden Wahlen statt, das Verfassungsgericht geht seiner Arbeit nach, allerdings ist das Wahlrecht auf die dominante Partei zugeschnitten, die Gerichte sind mit regierungstreuen Richter:innen besetzt und kritische Medien unterdrückt.

### Blick zurück auf die 1930er-Jahre

Es werden bereits Vergleiche mit den 1930er Jahren wach. Obgleich die österreichische Demokratie heute nicht in ihrem Bestand gefährdet ist, sinkt seit Jahren ihre Qualität, was sich in der Demokratiezufriedenheit der Bürger:innen, in ihrem Institutionenvertrauen und Zuspruch zum politischen System

negativ niederschlägt. Ist demokratischen Werten erst einmal der Boden entzogen, haben autoritäre Politiker:innen leichtes Spiel. Ihre Machtübernahme, ihr Staatsum- und Demokratieabbau folgen einem Drehbuch, das weltweit Anwendung findet. Seine zerstörerischen Methoden wurden schon in den jungen Demokratien der 1920er Jahre probiert. Zwar ist die Ausgangslage für Österreich heute um ein Vielfaches besser, weil die Sicherungssysteme gefestigt und die internationale Einbindung stärker sind, dennoch können aus der Erfahrung der Zerstörung der Ersten Republik Lehren gezogen werden.

### Die Demokratie mit demokratischen Mitteln untergraben

Die Vorgehensweise, die Demokratie mit demokratischen Mitteln, durch Wahlen, zu untergraben und den Anschein so lange aufrechtzuerhalten, bis das Etikett „Demokratie“ schließlich abfällt, wählten neben Viktor Orbán auch Donald Trump und Narendra Modi – und auch manch österreichischen Politiker:innen ist sie nicht unbekannt: Sie ziehen das Parlament und seine Kontrollfunktion wie Untersuchungsausschüsse ins Lächerliche, nennen es „Kasperltheater“, diskreditieren die Justiz, weil ihnen die WKStA unangenehm wird, schwächen kritische Medien durch Inseratenkorruption und greifen auf populistische Weise gesellschaftsinhärente Konflikte wie Migration und Klimakrise auf, nicht um sie

moderierend einer Lösung zuzuführen, sondern um sie parteipolitisch auszunützen; politische Mitbewerber:innen sind für sie nicht bloß Mitspieler:innen um die besten Ideen, sondern „Feinde“. Ihr Ziel ist nicht Zusammenarbeit zum Gemeinwohl, sondern Vernichtung des Widerspruchs und ungehindertes Durchregieren.

### Polarisierung und Diskurszerstörung mittels Kulturkampf

Parallelen zu den Krisenjahren der Ersten Republik zeigen sich auch in der Polarisierung und Diskurszerstörung mittels Kulturkampf. Abermals sind es Themen wie die Stellung der Frau in der Gesellschaft, die Rechte von Homosexuellen und LGBTIQ, die identitätspolitisch aufgeladen und an der Wahlurne verhandelt werden. So führte die PiS unter Jarosław Kaczyński in Polen „LGBT-freie Zonen“ ein und Viktor Orbán polemisierte gegen ein Kinderbuch, weil es mit heteronormativen Erzählweisen bricht. Wird das Volk als homogene Einheit gedacht, mutieren Familien- und Geschlechterpolitik zum politischen Hebel. Der Kulturkampf bereitet den Diskursraum ideologisch vor, in dem später Verfassungsgerichte beschnitten, Grund- und Freiheitsrechte ausgesetzt werden und endlich das Parlament ausgeschaltet ist.

### Organisierte Arbeitnehmer:innen als Hindernis „im Autokratendrehbuch“

Auch die Organisation von Arbeitnehmer:innen wird im Autokratendrehbuch als der Machtentfaltung hinderlich angesehen. Gewerkschaften sind Orbáns erklärtes Feindbild, weshalb er die Coronakrise nutzte, um neben Parlament und Meinungsfreiheit auch das Arbeitsrecht sowie kollektivvertragliche Bestimmungen unbefristet außer Kraft zu setzen. Krisen wie die Pandemie oder gegenwärtig die Teuerung dienen als Gradmesser für das autoritäre Potential von Politiker:innen. Der Wirtschaftskrise seiner Jahre hatte Bundeskanzler Dollfuß mit Einschränkungen in Arbeitslosenversicherung

und Notstandsunterstützung zu begegnen versucht. Diese Strategie stieß sowohl in der Bevölkerung als auch im Parlament, wo die Sozialdemokratie seit 1930 die Mehrheit hatte, auf Ablehnung. Innerhalb der Regierung gelangte man daher zur Überzeugung, dass Parlament und Parteien hinderlich seien. Kurt Schuschnigg stellte als Justizminister bereits im Juni 1932 Überlegungen über eine Ausschaltung des Parlaments an. Geschäftsordnungsprobleme bei der Nationalratssitzung am 4. März 1933 boten die Gelegenheit, dies zu realisieren.

### Polarisierung als Voraussetzung für Autokratisierung

Der ideologische Boden hierfür war schon lange durch Polarisierung vorbereitet. Sie ist auch heute eine wesentliche Voraussetzung für Autokratisierung. Ihre zerstörerische Wirkung zeigt sich zuerst nur allmählich, wird aber in Krisenzeiten akut und behindert dann die Demokratie. Die vergangenen Jahre hinterließen Spuren: Österreich stellt zwar im weltweiten Vergleich eine stabile Demokratie dar, auffällig und besorgniserregend ist allerdings der Trend. In keinem der gemessenen Bereiche, die von „clean elections“ bis „health equality“ reichen, kam es in den vergangenen Jahren zu wesentlichen Verbesserungen, in vielen jedoch zu erheblichen Verschlechterungen. Deshalb wertet auch der Demokratieindex des britischen Economist Österreich seit 2021 zumindest in den Kategorien „functioning of government“ und „political culture“ als „flawed democracy“, also beschädigte Demokratie. Die Beschädigung bezieht sich auf mangelnde Transparenz des Regierungshandelns, den Einfluss finanzstarker Gruppen auf die Gesetzgebung, Korruption sowie die schwach ausgebaute Regierungskontrolle. Im Bereich der politischen Kultur verzeichnet Österreich hohe Zustimmungswerte in der Frage nach der Akzeptanz eines „starken Führers“, der sich nicht um Wahlen und Parlament kümmern muss. Sorge bereitet zudem,



Tamara Ehs: „Österreich stellt zwar im weltweiten Vergleich eine stabile Demokratie dar, auffällig und besorgniserregend ist allerdings der Trend.“ FOTO: PRIVAT

dass extremistische Einstellungen und das Misstrauen gegenüber Institutionen der repräsentativen Demokratie bis in die Mitte der Gesellschaft vordringen.

### Notwendige Reformschritte

Die aufgezählten Defizite lassen sich zu Empfehlungen für notwendige Reformschritte verdichten. Soll der demokratische Rechtsstaat weiterhin gesichert sein, müssen seine Kontrollfunktionen gestärkt und die Pressefreiheit besser geschützt werden. Reporter ohne Grenzen sowie das Antikorruptionsvolksbegehren liefern hierfür detaillierte Reformvorgaben. Was Menschen gegen Polarisierung als wirkmächtige Methode der Autokrat:innen widerstandsfähig macht, sind höhere und insbesondere politische Bildung, ökonomische Sicherheit (keine Abstiegsängste), hohes Grundvertrauen in Staat und Gemeinwesen und der gesellschaftliche Grundkonsens, autoritären Charakter nicht zu belohnen. Gefragt sind demnach Investitionen in die Infrastruktur der Demokratie von Bildungswesen bis Sozialstaat. Verantwortungsvolle Politiker:innen müssen eine Strategie verfolgen, die gerade in unruhigen Zeiten Transformationsangst nimmt und bei der Verlustbewältigung hilft. Eine liberale, rechtsstaatliche und soziale Demokratie bildet den besten Katastrophenschutz.



Tamara Ehs: „Demokratie umfasst viel mehr als wählen. Sie benötigt Grund- und Freiheitsrechte, eine starke Zivilgesellschaft, freie Medien, parlamentarische Oppositionsrechte und eine unabhängige Rechtsprechung.“ FOTO: FREEPIK

# Heiliger Josef statt Hans Kelsen

## Religionspolitik im Austrofaschismus

Wie verlief in Österreich die Erosion demokratischer Strukturen während der Ersten Republik? Und welche Rolle spielte dabei die katholische Kirche? Welche kam ihr während des Austrofaschismus zu? Der Historiker **WERNER ANZENBERGER**, Leiter des Bereichs Soziales und Sozialpolitik der steirischen Arbeiterkammer, unternimmt einen Gang durch die Geschichte und konstatiert: „Endgültig klärende Worte“ (seitens der katholischen Kirche Anm. d.R.) „stehen hier noch aus. Vielleicht ist das Gedenkjahr 2024 dafür eine gute Gelegenheit?“

„Im Namen Gottes, des Allmächtigen, von dem alles Recht ausgeht, erhält das österreichische Volk für seinen christlichen deutschen Bundesstaat... diese Verfassung“: Mit diesen pathetischen Worten in der Präambel schenkte Engelbert Dollfuß, Führerkanzler, seinem Volk ein neues Grundgesetz. Oder war es gar Gott selbst?

Die „Verfassung“ des „Bundesstaates Österreich“ - der Begriff „Republik“ wurde sorgsam vermieden - bildete den vorläufigen Endpunkt einer langjährigen antidemokratischen Entwicklung. Rechtsautoritäre Kräfte hatten bereits unmittelbar nach dem überparteilichen, modern-liberalen und rechtsstaatlichen Verfassungskompromiss des Jahres 1920, konzipiert vom führenden Rechtstheoretiker Hans Kelsen, begonnen, die Grundlagen der Ersten Republik zu unterminieren. Und den „revolutionären Schutt“, gemeint der demokratische Verfassungsstaat und die umfassenden Sozialgesetze unter dem Reformler Ferdinand Hanusch, wieder wegzuräumen. Der diktatorische Rahmen trat am 1. Mai 1934 in Kraft, just am Feier- und Kampftag der gedemütigten Arbeiterschaft. Der wurde, sakral-mythologisch überhöht, zu einer Art „Muttertag“ umfunktionierte. Überall im Land errichtete das Regime Kapellen, benannt nach dem Heiligen Josef, dem „Schutzpatron der Arbeiter“. „Bet' und arbeit...“

### Im Namen Gottes

Begonnen hatte der Staatsstreich, in mehreren Akten, im März 1933. Nach



Werner Anzenberger: „Die historische Krux der katholischen Kirche... ist weniger der Nationalsozialismus als der Austrofaschismus“

FOTO: AK STEIERMARK

der Ausschaltung des Parlamentarismus erfolgte eine empfindliche Einschränkung der Grundrechte und die Lähmung des Verfassungsgerichtshofs. Menschen wurden willkürlich verhaftet, einzelne Parteien und Verbände verboten, die Todesstrafe wieder eingeführt. Die Rechte von Gewerkschaft und Arbeiterkammer ebenso beschnitten wie die sozialen Sicherungssysteme, mitten in der Wirtschaftskrise, zurückgefahren.

Nach dem gescheiterten Februaraufstand 1934, eine vom Regime bewusst provozierte Verzweiflungstat der entrechteten Arbeiterschaft, zerschlug die Regierung Dollfuß die letzten Reste der demokratischen Opposition. Die katholische Kirche begrüßte diese Ent-

wicklung nicht nur ausdrücklich, sie forderte auch volle Härte gegen den demokratisch und rechtsstaatlich legitimierte Widerstand ein. Begnadigungen der zum Tode verurteilten Widerstandskämpfer seien „unangebracht“. Denn Christi Lehre erfordere „Glaube und Gehorsam“. Die nun verfestigte Diktatur nannte sich offiziell „christlicher Ständestaat“. Von den zahlreich vorgesehenen Berufsständen, an sich Kernelemente des kooperativen Staatskonzeptes („Fasces“), wurden allerdings nur zwei eingerichtet. Damit blieb ein wesentlicher Programmpunkt des Faschismus in Österreich unerfüllt. Auch hier tat es Österreich dem italienischen Vorbild unter Mussolini gleich.

### Christi Lehre fordert Glaube und Gehorsam...

Das Programm des „politischen Katholizismus“ sollte sich allerdings voll und ganz durchsetzen. Mit der Landesverweisung „seiner apostolischen Majestät“, des letzten Habsburger-Kaisers Karl, hatte die katholische Kirche ihren allmächtigen Schutzherrn verloren. Die Errichtung des demokratischen Verfassungsstaates mit dessen liberal-säkularem Anspruch nahm sie, zumindest vorerst, zur Kenntnis. Die besorgniserregenden antiklerikalen Entwicklungen in Russland 1917 und nachfolgend in Bayern und Ungarn ließen den liberal-bürgerlichen österreichischen Staatskompromiss in einem doch milderen Licht erscheinen.

Bald aber nach Überwindung der Rätegefahr reifte in der katholischen Kirche,

aber auch in der christlichen Parteien- und Verbändestruktur, mehr und mehr die Überzeugung, dass man möglichst rasch „zu der guten alten Zeit“ zurückkehren müsse. Von Anbeginn erachtete es der Klerus als unumgänglich, selbst in die Lenkung des Staates einzugreifen und Regierungsämter zu besetzen. Ignaz Seipel ist dafür das prominenteste Beispiel. Ihm hatte die Arbeiterschaft, nach der überaus blutigen, mit unverhältnismäßiger Gewalt niedergeschlagenen spontanen Demonstration vor dem Justizpalast 1927, den wenig schmeichelhaften Beinamen „Prälat ohne Milde“ verpasst.

Die Sozialdemokratie, die ganz bewusst die Errichtung der Republik, ihre neue demokratische Gestaltungsmacht, vor allem im „Roten Wien“, die Betonung ihrer marxistischen Wurzeln, Stichwort „Austromarxismus“, und die Zurückdrängung kirchlichen Einflusses feierte, mutierte geradezu zum natürlichen Feindbild des politischen Katholizismus. Von Anfang an gab sie, demonstrativ verbal-radikal kontra: „Ohne Waffen, ohne Pfaffen wird die Jugend eine neue Welt erschaffen!“

Symbol des Kulturkampfes zwischen liberal-demokratischen und illiberal-autoritären Kräften war der „Glöckel-Erlass“. Der Sozialdemokrat und Leiter des Unterrichtsressorts in der provisorischen Nachkriegsregierung, Otto Glöckel, hatte im April 1919 die Unterlassung jeder Art von Zwang zur Teilnahme an religiösen Übungen verfügt. Die Verweigerung des Schulgebets und des sonntäglichen Gottesdienstes sollte keinem Schüler und keiner Schülerin zum Nachteil gereichen. Darüber hinaus demokratisierte Glöckel das Schulwesen. Er ließ Klassensprecher:innen wählen und gewährte den Elternverbänden Mitsprache in schulischen Belangen.

Die katholische Kirche lief Sturm und verlangte vehement die Zurücknahme dieses Erlasses. Die Regierung Dollfuß erfüllte ihr diesen brennenden Wunsch bereits einige Wochen nach dem Umsturz 1933. Ein „förmliches Einstands-

geschenk“ an den politischen Katholizismus, wie die historische Literatur pointiert vermerkt.

Im Gegenzug ließen sich der Klerus und andere katholische Formationen, vor allem auch die christliche Arbeiterbewegung, in die autoritär-diktatorische Struktur eingliedern. Dies gilt für die „Vaterländische Front“, die Einheitspartei der austrofaschistischen Diktatur, ebenso wie für die neugeschaffene Einheitsgewerkschaft, den „Österreichischen Gewerkschaftsbund“.

Eine unmittelbare Mitwirkung an den Staatsgeschäften oder die Beanspruchung von Führungsämtern erachtete der politische Katholizismus nun für nicht mehr notwendig. Die Autorität, die Gestaltungsmacht der katholischen Kirche waren ohnehin umfassend. Ihr Einfluss auf Staat und Gesellschaft wurde durch ein Konkordat auf Grundlage der parteinehmen- den Enzyklika „Quadragesimo anno“ gesichert.

Der protestantischen Kirche hingegen verweigerte das Regime ähnliche Rechte. Die Staatskirche des Austrofa-



Ignaz Seipel war katholischer Theologe, Prälat und Politiker der Christlichsozialen Partei.

Von 1921 bis 1930 war Seipel deren Parteipolitiker, löste die erste Koalition mit den Sozialdemokraten auf und amtierte zweimal als Bundeskanzler (1922–1924 und 1926–1929). In Seipels Amtszeiten fielen einerseits die Sanierung der Staatsfinanzen und die Bundesverfassungsnovelle 1929, andererseits bekämpfte er besonders in seiner zweiten Amtszeit die Sozialdemokratische Arbeiterpartei sowie den Austromarxismus und unterstützte die Militarisierung von paramilitärischen Milizen wie der Heimwehr (Quelle: wikipedia)

FOTO: ÖNB GEBRÜDER SCHUMANN

schismus war eben allein der Katholizismus. Im Übrigen stand die evangelische Kirche, nicht ganz zu Unrecht, in Generalverdacht, in Österreich den Nationalsozialismus, die faschistische Konkurrenzdiktatur, voranzutreiben.

### Gott schütze Österreich

Mit einem larmoyanten „Gott schütze Österreich“ erklärte schließlich am 11. März 1938 Dollfuß' Nachfolger, Kurt Schuschnigg, die Bankrotterklärung der österreichischen Diktatur. Sie war, unter dem Druck des deutschen Totalitarismus ebenso am Ende wie die autoritäre Verschränkung zwischen Katholizismus und Staatsmacht. Es folgte ein zivilisatorischer Supergau, einzigartig in der Menschheitsgeschichte. Und, im Frühjahr 1945, die Wiedererrichtung der demokratischen Republik Österreich. Damit verbunden war die zunehmende Einsicht der Glaubensgemeinschaften, dass mit Diktaturen kein Staat zu machen ist. Mittlerweile haben die österreichischen Kirchen, insbesondere auch die katholische, die strikte Trennung zwischen Staat und Kirche akzeptiert. Die überaus versöhnliche Rede Kardinal Königs vor den Gewerkschaften 1973 hat mittlerweile ohnehin geradezu Kultcharakter erreicht.

Christliche Amtskirchen, christlich geprägte Verbände und Vorfeldorganisationen zeigen immer wieder auf, dass sie als Teil der humanistischen Zivilgesellschaft unverzichtbar sind. Die evangelische Kirche hat mit ihrer eigenen Geschichte reinen Tisch gemacht. Im Sitzungssaal des Oberkirchenrates wurde das Porträt von Robert Kauer entfernt. Der hatte in der Zwischenkriegszeit die Nationalsozialisten und den Anschluss Österreichs unterstützt. Stattdessen blicken die höchsten evangelischen Würdenträger, wie stimmig!, in einen Spiegel.

Die historische Krux der katholischen Kirche hingegen ist weniger der Nationalsozialismus als der Austrofaschismus. Endgültig klärende Worte stehen hier noch aus. Vielleicht ist das Gedenkjahr 2024 dafür eine gute Gelegenheit?

# Ständestaat und katholische Kirche

## Eine Analyse

Aus kirchenhistorischer Sicht analysiert **MICHAELA SOHN-KRONTHALER** das Verhältnis der österreichischen katholischen Kirche zum Dollfuß-/Schuschnigg-Regime und spannt den Bogen bis hin zum „Mariazeller Manifest“ und dem Bekenntnis der katholischen Kirche: „Keine Rückkehr zu einem Bündnis von Thron und Altar [...], keine Rückkehr zum Protektorat einer Partei über die Kirche.“ Sohn-Kronthaler ist Professorin für Kirchengeschichte an der Universität Graz.

Die kirchliche Obrigkeit in Österreich war eng verbunden mit dem autoritären, von 1933/34 bis 1938 bestehenden Dollfuß-/Schuschnigg-Regime und stützte dieses weitgehend. So waren die Bischöfe von der legalen Handlungsweise der „jetzigen Staatsgewalt“ überzeugt und lobten in ihrem gemeinsamen Weihnachtshirtenschreiben am 21. Dezember 1933 das Ziel der Regierung, „ein nach christlichen Grundsätzen geleitetes Staatswesen“ errichten zu wollen. Österreichs Aufgabe sei es, „ein Bollwerk des katholischen Glaubens zu sein“. Dieser Hirtenbrief verurteilte damals mit aller Deutlichkeit die Ideologie des Nationalsozialismus und stellte die Gegensätzlichkeit, ja Unvereinbarkeit von Christentum und Nationalsozialismus heraus.

Den Allgemeinen Deutschen Katholikentag im September 1933 in Wien hatte Bundeskanzler Engelbert Dollfuß (1892–1934) als Forum genutzt, um in einer programmatischen Rede den autoritären Kurs des „Christlichen Ständestaats“ zu propagieren. Von Seiten des Vatikans gab es in dieser Zeitspanne viel Lob für den Politiker. Innerkirchliche Kritik, wie sie später laut wurde, wonach die österreichische Regierung die päpstliche Enzyklika „Quadragesimo anno“ (1931) falsch interpretiert hätte, wurde damals nicht geäußert.

### „Erlösung vom Parlament“

Die Zurückdrängung des parteipolitischen Pluralismus wurde nicht nur vom Episkopat Österreichs gutgeheißen, sondern auch von einzelnen prominenten Priestern, wie dem Jesuiten und

Berater der Christlichen Gewerkschaften, Ferdinand Frodl (1886–1964), oder von katholischen Vereinigungen. Die Katholische Frauen-Organisation Wien etwa bejubelte die Ausschaltung des Nationalrates 1933 als „Erlösung vom Parlament“.

Eine prinzipielle, systemunterstützende Loyalität gegenüber dem autoritären Dollfuß-/Schuschnigg-Regime lässt sich bis in die Pfarren nachvollziehen. Es gab organisatorische Vernetzungen, ebenso gemeinsame thematische Anliegen, wie Familie, Mutterschaft, Erziehung und Subordination der Frauen. Nach der Ermordung von Dollfuß beim nationalsozialistischen Putschversuch am 25. Juli 1934 wurde dieser zum Märtyrer überhöht, Dollfuß-Kirchen, -Kapellen, -Büsten und weitere Denkmäler wurden errichtet (Dollfuß-Kult).

### Nur Kritik innerhalb des Klerus

Innerhalb des Klerus fanden sich wenige regierungskritische Mitglieder. Dazu zählte der Lebensreformer und vierfach promovierte Grazer Theologieprofessor Johannes Ude (1874–1965). Er beschuldigte den „Christlichen Ständestaat“ des Justizmordes am sozialdemokratischen Gewerkschaftssekretär Josef Stanek (1883–1934), der am 17. Februar 1934 nach dem Bürgerkrieg zum Tod verurteilt und noch am selben Tag hingerichtet worden war. Von Seiten der Christlichen Arbeiterbewegung, die sich gegenüber dem autoritären Regime ambivalent verhielt, verurteilte der Generalpräses Rudolf Hausleithner (1892–1957) die Bestrebungen, „in Österreich einen faschistischen Staat aufzurichten“. Funktionäre

aus der christlichen Arbeiterschaft, wie



Sohn-Kronthaler: „Die Zurückdrängung des parteipolitischen Pluralismus wurde nicht nur vom Episkopat Österreichs gutgeheißen, sondern auch von einzelnen prominenten Priestern... Eine prinzipielle, systemunterstützende Loyalität gegenüber dem autoritären Dollfuß-/Schuschnigg-Regime lässt sich bis in die Pfarren nachvollziehen.“ FOTO: PRIVAT

Leopold Kunschak (1871–1953) und Johann Staud (1882–1939) suchten Wege der Zusammenarbeit mit den Freien Gewerkschaften und sozialdemokratischen Arbeitern. Der katholische Intellektuelle Ernst Karl Winter (1895–1959) bemühte sich vergeblich, mit den Sozialdemokraten eine Basis in der Abwehr des Nationalsozialismus zu finden („Aktion Winter“). Bundespräsident Wilhelm Miklas (1872–1956) äußerte eine Woche nach den blutigen Februarkämpfen 1934 in einem persönlichen Bericht vor den Bischöfen seine Bedenken gegenüber dem Regierungskurs von Dollfuß.

### Die Rolle Theodor Innitzers

Zwar bezeichnete der Wiener Kardinal Theodor Innitzer (1875–1955) die im Bürgerkrieg gefallenen Soldaten und Polizisten als „Helden“, welche „das Unheil von den Altären abgewehrt“ hätten. Andererseits setzte er sich für Verwundete und Hinterbliebene ein und intervenierte für die Begnadigung der zum Tod verurteilten Sozialdemokraten. Am 15. Februar 1934 rief der Erzbischof eindringlich „alle Österreicher ohne Unterschied der Partei, der Religion und sozialen Stellung“ zum Frieden untereinander auf und flehte sie mahnend an, „dem Kampfe Einhalt zu tun und die Hand zu bieten zum Frieden“. In einer gemeinsamen Kundgebung, die von Innitzer im Radio verlesen wurde, mahnten die Bischöfe eine Woche später Frieden und Eintracht ein und forderten, „daß jene gesellschaftlichen Verhältnisse, die wahre Wohlfahrt in manchen Arbeiterständen nicht aufkommen lassen, planmäßig geändert werden“ müssten. „Alle Schichten der arbeitenden Bevölkerung müssen volle gesellschaftliche Gleichberechtigung und Würdigung erlangen.“ Der Wiener Erzbischof ordnete für Sonntag, den 25. Februar 1934, an, dass in allen Kirchen seiner Erzdiözese „ein Gedächtnisgottesdienst für alle Opfer der letzten Kämpfe abzuhalten“ sei.

### Ernüchterung

Konfliktlinien zwischen der Bischofskonferenz und dem Regime zeichneten sich auch im Themenkomplex Jugend sowie Sonntagsheiligung ab. Kritisiert wurden in einer „Denkschrift“, wahrscheinlich bereits im Herbst 1933 verfasst, die staatliche Jugenderziehung nach faschistischem Vorbild und von den Bischöfen die ausgehöhlten Bestimmungen über die Sonn- und Feiertagsruhe. Das Verhältnis der Kirche zum Dollfuß-Nachfolger Kurt Schuschnigg (1897–1977) wurde nüchterner.

### Konkordat und Maiverfassung

In die Ära des Dollfuß/Schuschnigg-Regimes fielen zwei bedeutsame kirchen-

politische Ereignisse: Am 5. Juni 1933 wurde das Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und Österreich unterzeichnet, das seit 1929/30 vorbereitet worden war. Zentrale Vertragsmaterien wurden auf den Bischofskonferenzen



Dollfuß-Ehrentafel an einer 1928 erbauten Kapelle im niederösterreichischen Nodendorf. 2021 wurde die Tafel entfernt FOTO: NÖN

zen beraten, so etwa das Ehegesetz, die Schulfrage, die Diözesangrenzen, die Feiertage, der Religionsfonds, die kirchliche Stellenbesetzung, das Ordensrecht, die theologischen Fakultäten und die Militärseelsorge. 1931 wurden die offiziellen Verhandlungen zwischen der Regierung und dem Heiligen Stuhl eröffnet. Als nach zwei Jahren dieser Staatskirchenvertrag abgeschlossen wurde, vertraten die kirchliche Seite Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli (1876–1958), der spätere Papst Pius XII. (1939–1958), und die österreichische Seite Bundeskanzler Dollfuß sowie Bundesminister Schuschnigg. Mit dem Vertragswerk gelang der Ausgleich wichtiger staatlicher und kirchlicher Anliegen, die in der Ersten Republik teils heftig diskutiert worden waren. Die Ratifizierung des Konkordats erfolgte zusammen mit der Maiverfassung im Bürgerkriegsjahr 1934. Diese enge Verflechtung kritisierten vor allem die Sozialdemokraten.

### Beschluss zum Rückzug Geistlicher

Am 30. November 1933 hatte die Österreichische Bischofskonferenz „nach reiflicher Überlegung“ den Beschluss gefasst, dass katholische Geistliche „unter den gegenwärtigen besonders

heiklen politischen Verhältnissen“ sich binnen zwei Wochen aus der aktiven Parteipolitik zurückziehen hatten. Diese zur Entpolitisierung des Klerus gefasste Entscheidung hat der Episkopat unter dem Vorsitz von Kardinal Innitzer, der einst selbst Bundesminister für soziale Fürsorge (1929/30) war, im Jahre 1945 bekräftigt.

### Mariazeller Manifest: „Keine Rückkehr zum Protektorat einer Partei über die Kirche“

Wenige Jahre später hob das „Mariazeller Manifest“ – Ergebnis einer Studententagung zur Vorbereitung des ersten Österreichischen Katholikentages in der Zweiten Republik im Jahre 1952 – klar die künftige Haltung der Kirche Österreichs hervor: „Keine Rückkehr zu einem Bündnis von Thron und Altar [...], keine Rückkehr zum Protektorat einer Partei über die Kirche.“ Betont wurde die Dialogbereitschaft der Kirche mit dem Staat, mit allen gesellschaftlichen Gruppen und Konfessionen. Diese Positionierung hat ebenso Kardinal Franz König (1905–2004) in seiner Rede vor dem Bundesvorstand des Österreichischen Gewerkschaftsbundes in Wien vor 50 Jahren im Februar 1973 unterstrichen.

### LITERATUR:

**Michaela Sohn-Kronthaler**, Von der Ersten Republik bis zur Zweiten Republik. Der Weg der katholischen Kirche Österreichs vom Ende der Monarchie 1918 in den demokratischen Staat, in: Reinhold Esterbauer/Christoph Grabenwarter/Katharina Pabel (Hg.), 100 Jahre Trennung von Staat und Kirche. Seggauer Gespräch zu Staat und Kirche, Wien 2019 (Seggauer Gespräche zu Staat und Kirche 1), 21–47. | **Maximilian Liebmann**, Die Kirche in Österreich, ihr Verhältnis zum Ständestaat, zur NS-Bewegung und ihre Rolle in der Anschlusszeit, in: Joseph F. Desput (Hg.), Österreich 1934–1984. Erfahrungen, Erkenntnisse, Besinnung. Graz-Wien-Köln 1984, S. 104–134.

# Die Arbeiterbewegung als Triebkraft der Demokratie

## Geschichtlicher Abriss eines Verhältnisses

Die Rolle der Arbeiterbewegung bei der Durchsetzung und Etablierung einer demokratischen Ordnung in Österreich beschreibt die Direktorin der Arbeiterkammer Wien, **SILVIA HRUSCHKA-FRANK**, in einem Abriss der Geschichte seit der März-Revolution 1848.

In der Schule haben die meisten von uns gelernt, die Erste Republik sei „entstanden“. Das legt einen natürlichen und in seiner Natürlichkeit zufälligen Prozess nahe: Zuerst war Monarchie, dann Krieg und dann „entstand“ die Republik. In Wirklichkeit ist die Erste Republik und mit ihr die parlamentarische Demokratie, die Gleichberechtigung aller Staatsbürger:innen und die Abschaffung des Adels nicht „entstanden“. Sie wurde in einer bestimmten historischen Konstellation durchgesetzt. Nicht von den Gebildeten, die in ihrer großen Mehrheit „der Masse“ feindselig gegenüberstanden, wie John Carey eindrücklich für die britischen Intellektuellen beschrieben hat. Nicht von Großgrundbesitzern oder Fabrikeignern, ganz gewiss auch nicht von der führenden Beamtenschaft des Landes wurden Demokratie und Gleichberechtigung durchgesetzt. Sondern von Menschen, die den alten Eliten lange als zu dumm und ungebildet galten, um einen Staat zu führen: vor allem von der Arbeiterschaft in den Städten und Industrieenklaven.

Eine dritte wichtige Personengruppe, neben dieser und der Bauernschaft, ist aus dem allgemeinen Bewusstsein fast völlig verschwunden, obwohl sie mindestens so wichtig war wie die ersten beiden: das waren jüdische Intellektuelle, die sich dem Kampf der Arbeiterschaft um Egalität angeschlossen hatten, weil sie selbst auf ein Ende ihrer Diskriminierung und des immer bedrohlicher werdenden Antisemitismus hofften.

### Das Scheitern der Bemühungen um Demokratie 1848

Schon siebzig Jahre zuvor, 1848, hatte es den Versuch gegeben, die Einführung eines Parlamentes zu erzwingen. Auch damals entstammte die Mehrheit der Beteiligten ärmeren Volksschichten. Die Märzrevolution scheiterte letztlich nicht nur, weil das Kaiserhaus geschickt taktierte, Zugeständnisse machte (und, kaum fühlte es sich wieder stark genug, prompt widerrief), oder weil sich die kaiserliche Regierung durch die Bauernbefreiung die Ruhe auf dem flachen Land erkaufte. Die Revolution scheiterte auch in den Städten, weil es gelang, die Ängste des Bürgertums vor einer Ausweitung der politischen zur sozialen Revolution so zu befeuern, dass es sich aus dem Volksaufstand zurückzog. Zusammengeschlossen wurde die Arbeiterschaft und jener Teil der Studentenschaft, der überzeugt war, die Demokratie werde auch dann besser sein als der kaiserliche Spitzelstaat, wenn man den unteren Volksschichten eventuell wirklich soziale Konzessionen hätte machen müssen.

### Industriearbeiterschaft und Säkularisierung als Demokratietreiber

Was war der entscheidende Unterschied zwischen 1848 und 1918? Warum gelang nach dem Ersten Weltkrieg, woran das Aufbegehren gegen Metternichs Polizeiherrschaft gescheitert war? Einerseits machten tiefgreifende sozio-ökonomische Veränderungen den Unterschied aus: die Industrialisierung der Habsburgermonarchie, die Urbanisierung, der Ausbau der Infrastruktur und

so weiter. All das führte zum starken Anwachsen einer Bevölkerungsgruppe, die in allen europäischen Staaten eine entscheidende Rolle in der Demokratisierung spielte: der Industriearbeiterschaft. Damit ging eine Phase der Säkularisierung einher, die in den Reihen der katholischen Kirche begreiflich mit zunehmender Bestürzung registriert wurde, die aber entscheidend war für jene liberale Ära der 1860er und frühen 1870er, in der die maßgeblichen Voraussetzungen für die Demokratisierung ein halbes Jahrhundert später geschaffen wurden.

### Arbeiterbewegung: Entscheidend für die Sicherung des Übergangs von der Monarchie zur Demokratie

Nach einer Serie außenpolitischer Debakel sah sich der Neoabsolutismus unter Franz Josef I. zu innenpolitischen Konzessionen gezwungen, weil er mit massiven Refinanzierungsproblemen zu kämpfen hatte. Die Transformation der absoluten in eine – wenn auch schwache – konstitutionelle Monarchie ging einher mit dem Erlass der Dezemberverfassung von 1867 samt Grundrechtskatalog. Die dort verankerten Grundrechte – Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Vereinsfreiheit, wenig später, 1870, auch die Koalitionsfreiheit – galten für Arbeiter:innen nie im selben Maße wie für Bürgerliche. Trotz repressiver Handhabung schufen aber erst diese Reformen bis Ende der 1880er einen Rechtsraum, in dem sich schrittweise eine Arbeiterbewegung etablieren konnte. Die Hochburgen dieser Arbeiterbewegung waren die Städte und Industrieviere des heutigen Ostöster-

reichs und Böhmens. Strategisch wie ideell stand die Arbeiterbewegung vor einer schwierigen Frage: sollte sie versuchen, das System durch Massenaktion auf der Straße zum Einsturz zu bringen – oder möglichst im Rahmen geltender Gesetze? Auf Betreiben von Viktor Adler entschied man sich für zweites. Tatsächlich ermöglichte die Aktivität im Rahmen des Gesetzes (und des – nicht notwendig deckungsgleichen – behördlich Tolerierten) einen beispiellosen Strukturaufbau und 1907 zumindest für den männlichen Teil der Bevölkerung das allgemeine Wahlrecht. Unter den Bedingungen der „Urkatastrophe“ des jungen 20. Jahrhunderts, des Ersten Weltkrieges, geriet die über vierhundert Jahre alte Monarchie an den Rand des Kollapses, sowohl militärisch als auch moralisch. Das namenlose Elend verschob das gesellschaftliche Kräfteverhältnis 1918 vorübergehend zugunsten der Arbeiterbewegung. Die konnte die Chance, die sich ihr bot, nur nützen, weil sie in der Endphase des Krieges über die weitaus mächtigste Struktur verfügte – gestützt auf die Gewerkschaften, die Rätebewegung in den Betrieben und den Einfluss auf das Militär als Folge der allgemeinen Mobilmachung. Ohne die Verankerung in den Massen, ohne ihren gut geölten Apparat, ohne die Fähigkeit, im Bedarfsfall das wirtschaftliche wie das öffentliche Leben völlig zum Erliegen zu bringen, wäre der Demokratisierungsschub der ersten Nachkriegsjahre nicht denkbar gewesen.

### Implementierung von Kernstücken des österreichischen Sozialsystems

Die Arbeiterbewegung nützte nicht einfach nur eine Chance, die sich ihr bot – sie hatte sich zuvor über Jahre, wenn nicht Jahrzehnte überhaupt erst in die Lage versetzen müssen, sie zu nützen. Sie hatte Strukturen aufbauen, Zeitungen gründen und betreiben, Menschen überzeugen und bilden müssen, um im entscheidenden Moment etwas in die Waagschale werfen zu können. Es war maßgeblich die Gewerkschaftsbewegung, die in der Phase nach 1918 den



Silvia Hruschka-Frank: „Nicht von Großgrundbesitzern oder Fabrikeignern, ganz gewiss auch nicht von der führenden Beamtenschaft des Landes wurden Demokratie und Gleichberechtigung durchgesetzt. Sondern von Menschen, die den alten Eliten lange als zu dumm und ungebildet galten, um einen Staat zu führen: vor allem von der Arbeiterschaft in den Städten und Industrieenklaven.“ FOTO: ARBEITERKAMMER WIEN

Übergang von der Monarchie zu einer parlamentarischen Demokratie sicherstellte. Zugleich erweiterte sie die politische um die soziale Gestaltungssphäre. Die Verfassung von 1920 wird völlig zurecht für ihre Eleganz gepriesen. Nicht weniger wichtig war die Einführung vieler gesetzlicher Regelungen, die bis heute das Kernstück des österreichischen Sozialsystems bilden: Arbeitslosenversicherung, Achtstundentag, betriebliche Mitbestimmung, bezahlter Urlaub, Verbot der Kinderarbeit, Fortschreibung des kriegsbedingten Mieterschutzes – und die Einführung der Arbeiterkammern als selbstverwaltete Interessensvertretung der Beschäftigten.

### Aus der Geschichte gelernt

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich die bürgerliche, die konservative Perspektive auf die Erste Republik verfestigt, die 1918 „eine ausgesprochene Selbstmordstimmung“ vermerkte, wie eine konservative Politikerin in ihren Erinnerungen schrieb. Vom Optimismus, von der Aufbruchstimmung jener Jahre blieb in der Rückschau dagegen wenig übrig – nicht nur, weil die meisten Historiker:innen die längste Zeit bürgerlichen Elternhäusern entstammten, sondern natürlich auch wegen der Katastrophe, in der sich die Gesellschaft kaum zwanzig Jahre später wieder fand. Die Beseitigung der Demokratie,

die in Österreich 1933/34 erfolgt war, stellte den konservativen Versuch dar, die Kräfteverschiebung der unmittelbaren Nachkriegszeit rückgängig zu machen. Dies sowohl auf politischer Ebene – durch die Sistierung des Parlamentes, durch die Außerkraftsetzung demokratischer Mitsprachemöglichkeiten – als auch auf sozialem Gebiet: durch die Zerschlagung der Freien Gewerkschaften, durch die politische Säuberung und Gleichschaltung der Arbeiterkammern und, als dies geschafft war, durch massive Verschlechterungen der Lebensbedingungen insbesondere der Arbeiterschaft. Lohnsenkungen, Aushöhlung des Arbeitslosenversicherungssystems, Anhebung der Arbeitszeit oder die Beendigung des sozialen Wohnbaus. Die Folge ist bekannt: Die austrofaschistische Diktatur schaffte es nicht, eine Mehrheit der Bevölkerung für sich einzunehmen, selbst optimistische Schätzungen gehen von aktiver und passiver Unterstützung durch maximal ein Drittel der Bevölkerung aus. Schlussendlich implodierte das Regime Schuschniggs und eine ungleich brutalere Schreckensherrschaft nahm ihren Anfang. Dass auf ihren Ruinen nach 1945 nicht nur die Arbeiterbewegung, sondern auch ihre Errungenschaften von vor 1933 wieder erstanden und noch weiter ausgebaut wurden, kann als rares Beispiel dafür betrachtet werden, wie eine Gesellschaft aus der eigenen Vergangenheit lernte.

# Mehr Beteiligung in Wirtschaft und Betrieb

## Demokratie am Arbeitsplatz ist Voraussetzung für eine starke Demokratie

Mehr Beteiligung in Wirtschaft und Betrieb verlangt der Leiter der Bildungsabteilung in der Gewerkschaft GPA, **WOLFGANG GREIF**. Denn: ausgeprägte Beteiligungs- und Mitbestimmungsstrukturen sind ein wesentlicher Beitrag zu einer lebendigen Demokratie und stärken die Resilienz gegenüber illiberalen Tendenzen. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss hat jetzt ein Forderungspaket vorgelegt, um die Partizipation von Beschäftigten voranzutreiben.

**W**ir leben in Zeiten eines tiefgreifenden Strukturwandels. Die Dekarbonisierung und Digitalisierung, unsere Wirtschaft, aber auch die Alterung der Gesellschaft haben weitreichende Auswirkungen auf

Bewältigungsmechanismen hervorzu- bringen, die Ängste nehmen und Sicherheiten schaffen. Von der Politik werden klare Antworten erwartet. Soziale Sicherung, Chancengleichheit, aber auch Nachhaltigkeit und Integration

politisch immer mehr salonfähig und landet zunehmend bereits in höchsten Regierungsämmern.

### Demokratie braucht auch ein Mehr an betrieblicher Mitbestimmung

Die Schlussfolgerung kann nur lauten, dass gerade in Umbruchzeiten die Potentiale zur Partizipation gestärkt und ausgebaut werden sollten und alle Register des sozialen und politischen Engagements zu ziehen sind, um den Grundkonsens zu demokratischen Strukturen auch in der Wirtschaft zu stärken.

Vor diesem Hintergrund ist es zu begrüßen, dass die EU-Kommission kürzlich einen Aktionsplan mit Vorschlägen zur Sicherung demokratischer Standards am europäischen Kontinent lanciert hat, von der Sicherung freier Wahlen und der Medienfreiheit über die Korruptionsbekämpfung bis hin zur Rechtsstaatlichkeitsprüfung bei EU-Förderungen.

Leider klammert das vorgelegte EU-Demokratiepaket wesentliche Lebensbereiche aus, so auch die Arbeitswelt. Das muss umso mehr überraschen, als Erfahrungen in Krisenzeiten deutlich zeigen, dass die Widerstandsfähigkeit liberaler Demokratien mit starken Rechten der Beschäftigten in Wirtschaft und Unternehmen deutlich höher ist.

Demokratie am Arbeitsplatz heißt, Beschäftigte an der Gestaltung des Wan-

dels zu beteiligen und ihre Interessen dabei zu berücksichtigen. Gerade in turbulenten Zeiten muss gelten: ausgeprägte Beteiligungs- und Mitbestimmungsstrukturen sind keinesfalls nebensächlich, Demokratie am Arbeitsplatz ist vielmehr ein wesentlicher Beitrag von unten zur Stärkung der Demokratie in der Gesellschaft. Wo Beschäftigte über starke Beteiligungsrechte verfügen und Partizipation in der Arbeit erleben und nicht bloße Objekte von Krisenlösungen sind, sondern zu Subjekten aktiver Gestaltung werden, verfügen sie über soziale Haltepunkte, die größere Sicherheit im Wandel garantieren. So hat sich auch gezeigt, dass Beschäftigte in Unternehmen mit gelebter innerbetrieblicher Demokratie

begrenzen. Allesamt wichtige Beiträge zur Stabilisierung von Demokratien.

Das muss abgesichert und weiterentwickelt werden. Das gilt umso mehr als der fortgesetzte rasante Wandel der Arbeitswelt nicht nur Chancen, sondern auch Risiken für Beschäftigte mit sich bringt. Um Letzteren zu nutzen, muss deren Beteiligung auch auf EU-Ebene gestärkt werden. In der Tat gibt es seit Jahrzehnten einen umfangreichen europäischen Rechtsbestand zu Informations- und Konsultationsrechten der Beschäftigten (u.a. Richtlinien zu Europäischen Betriebsräten und zur Mitbestimmung in Europäischen Aktiengesellschaften). Nach fast 20 Jahren Stillstand muss endlich wieder Bewegung in die Weiterentwicklung der Arbeitnehmerrechte auf EU-Ebene kommen, so auch im Bereich der Arbeitnehmerbeteiligung.

Gut, dass in dieser Situation die spanische EU-Ratspräsidentschaft den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) beauftragt hat zu untersuchen, was die Beteiligung der Beschäftigten an der Unternehmensführung zu einem gerechten sozio-ökologischen Wandel beitragen kann und welchen Bedarf es zum Ausbau bestehender EU-Rechte gibt.

### Forderungen zur Weiterentwicklung der EU-Arbeitnehmerbeteiligung

Der EWSA hat kürzlich mit großer Mehrheit wichtige Forderungen verabschiedet, die weitgehend in Einklang mit den Gewerkschaften in Europa und Positionen des Europäischen Parlaments stehen. Gerade zur Begleitung technologischer Innovationen (z.B. Plattformwirtschaft, Einsatz von KI), der industriellen Transformation und des sozial gerechten Übergangs ist auf allen Ebenen die Beteiligung der Beschäftigten zu stärken, am Arbeitsplatz, in den Unternehmen, bis hin zu grenzübergreifend tätigen Konzernen. Neben einem Ausbau der Rechte Europäischer Betriebsräte (EBR) ist si-

cherzustellen, dass der aktuelle EU-Rechtsbestand zur Unternehmensmitbestimmung lückenlos in nationales Recht umgesetzt wird und EU-Gesellschaftsrecht nicht zur Flucht aus der Mitbestimmung führt. Diese Rechte müssen auch rechtlich durchsetzbar sein und mit effektiven Sanktionen versehen werden.

Innovationen und neue Geschäftsmodelle im Bereich KI und Plattformwirtschaft fordern auch die Demokratie am Arbeitsplatz in nicht gekannter Weise heraus. Auch hier muss der arbeits- und sozialrechtliche Schutz erhalten bleiben, bis hin zu bislang leerlaufenden Vertretungsrechten von Betriebsräten und Gewerkschaften.

Zur Einhaltung von Arbeits- und Menschenrechten sowie ökologischer Ziele entlang globaler Lieferketten muss die unternehmerische Sorgfaltspflicht als obligatorischer Bestandteil des Risikomanagements auf Vorstandsebene großer Unternehmen verpflichtend werden, ebenso wie eine effektive Arbeitnehmerbeteiligung.

### „Demokratie am Arbeitsplatz“: Blockade der Arbeitgeberverbände brechen

Wer demokratische Gesellschaften resilienter gegenüber illiberalen und autoritären Tendenzen machen will, ist gut beraten auf Partizipation zu setzen. Das darf vor Betriebstoren und Büros, in Werkshallen und Konzernen nicht halt machen. Auch nicht auf EU-Ebene. Weitreichende Vorschläge, den EU-Rechtsbestand zur Beteiligung von Beschäftigten auszubauen liegen vor. Es bleibt zu hoffen, dass von den bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament eine Dynamik ausgeht, mit einer aktiven EU-Kommission im Rücken die weiterhin spürbare Blockadehaltung der Arbeitgeberverbände beim Thema „Demokratie am Arbeitsplatz“ zu durchbrechen, so aktuell auch bei den anstehenden Sozialdialogverhandlungen zur EBR-Revision.



Wolfgang Greif: Es hat sich „auch gezeigt, dass Beschäftigte in Unternehmen mit gelebter innerbetrieblicher Demokratie bei politischen Wahlen deutlich weniger affin für rechtsnationale, demokratische- und europafeindliche Parteien sind“. FOTO: FREEPIK

die Arbeitswelt. Zugleich leben wir seit mehr als einem Jahrzehnt im multiplen Krisenmodus, wie wir ihn seit Ende des Zweiten Weltkriegs nicht erfahren haben. Transformative Herausforderungen sind zum Dauerzustand geworden.

Viele Menschen sind besorgt über die Zukunft, ihre Arbeitsplätze und auch die ihrer Kinder. Hier ist die Politik auf lokaler, nationaler und EU-Ebene gefordert, ständig aufs Neue wirksame

stehen hier als zentrale Indikatoren. In vielen Ländern Europas gelingt die Krisenbewältigung bei weitem nicht so, dass dies zu breiter Zustimmung zu demokratischen Aushandlungsprozessen führt. Diese Gemengelage wirkt mitunter destabilisierend und birgt Sprengkraft für liberale Demokratien in sich. Politische Entwicklungen in immer mehr EU-Ländern mit zunehmendem Rechtspopulismus stehen Pate dafür: Nationalistischer Chauvinismus wird



Wolfgang Greif: „Wo Beschäftigte über starke Beteiligungsrechte verfügen und Partizipation in der Arbeit erleben und nicht bloße Objekte von Krisenlösungen sind, sondern zu Subjekten aktiver Gestaltung werden, verfügen sie über soziale Haltepunkte, die größere Sicherheit im Wandel garantieren.“ FOTO: GPA

bei politischen Wahlen deutlich weniger affin für rechtsnationale, demokratische- und europafeindliche Parteien sind.

### Mehr Demokratie am Arbeitsplatz muss auch Thema auf EU-Ebene sein

Zugleich zeigt sich, dass das Zusammenwirken von Sozialpartnerschaft, hoher Kollektivvertragsbindung und verbrieften Mitbestimmungsrechten dazu beigetragen hat, die Krisenauswirkungen für Beschäftigte deutlich zu

# Demokratie geht anders

## Erwerbsarbeit und Sorgearbeit als Orte des Ringens um (Re-)Demokratisierung

Wer die Aushöhlung der Demokratie und Erfolge autoritärer Bewegungen hintanhaltend möchte, sollte sich in erster Linie um eine Demokratisierung der Erwerbs- als auch der Sorgearbeit bemühen, erklärt **MARGIT APPEL**, Politikwissenschaftlerin, Erwachsenenbildnerin, freie Vortragende, Autorin sowie Mitarbeiterin im Netzwerk Grundeinkommen und in der Armutskonferenz. Appel liefert eine Analyse der bestehenden Verhältnisse und Perspektiven für eine stabile Demokratie ausgehend von einer demokratisierten, geschlechtergerechten Arbeitswelt.

„Wir müssen uns von der Orientierung an der Ideologie, der Mensch lebe um zu arbeiten, verabschieden“, schrieb der österreichische Philosoph Peter Kampits schon vor etlichen Jahren. Ebenso gilt: wir müssen uns von der Orientierung an der Ideologie, manche Menschen seien besser oder ausschließlich für Sorgearbeit geeignet als andere, verabschieden.

In ihrem jüngsten Buch äußert die belgische Theoretikerin Chantal Mouffe die Ansicht, es, brauche vermehrte Anstrengungen, die Demokratie zu vertiefen, statt sie einzuschränken, um weitere politische Erfolge autoritärer Bewegungen zu verhindern. Autoritäre Bewegungen zielen darauf ab, den Zugang zu Rechten und Freiheiten eng zu halten bzw. bestimmten Gruppen diesen Zugang wieder abzuerkennen. Solange wir davon überzeugt sind, dass nur die Demokratie die Komplexität gesellschaftlicher Beziehungen nach den Werten von Freiheit und Gleichheit regulieren kann, sollten wir der Ansicht von Mouffe folgen. Die immer deutlicher werdenden Vertrauensverluste in die Demokratie, ihre Repräsentant:innen und ihre Institutionen machen deutlich, dass die normative Vorstellung von etwas – Demokratie, „wie sie sein soll“ – nicht ausreicht, besorgniserregenden Verhältnissen – Demokratie, „wie sie geworden ist“ – etwas entgegen zu setzen. Es braucht das stete Ringen um (Re-)Demokratisierung, um dem Ziel der Vertiefung und Ausweitung der Demokratie zu entsprechen. Zwei

Orte, für die das besonders gilt, sind der Bereich der Erwerbsarbeit und der Bereich der Sorge und Versorgung.

### Demokratisierung von Erwerbsarbeit

Schon vor über vierzig Jahren haben Autoren wie André Gorz die Position eingenommen, dass es aussichtslos sei, auf eine automatische Politisierung der Arbeiterklasse durch die immer rascher voranschreitende Entfremdung in den Arbeitsprozessen zu setzen. Vielmehr sollte man nach Möglichkeiten der

wir die Arbeit heute nicht mehr zur vordersten Front unserer Kämpfe für eine bessere Zukunft machen sollen. Und gibt selbst die Antwort, dass es ein politischer Fehler wäre: wir würden die Auseinandersetzung mit der Herrschaft des Marktes und dem grundsätzlichen Problem, dass diese für den gesellschaftlichen Zusammenhalt aufwirft, aufgeben.

Die Herrschaft des Marktes und die Folgen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt zeigen sich in Geschichte



Elementarpädagoginnen demonstrieren am 24. Oktober 2023 auf den Straßen Wiens für mehr Gehalt und Respekt. Appel: „Die US-amerikanische Politikwissenschaftlerin Joan Tronto benennt den Vorgang, bestimmte Arbeiten und das damit verbundene Arbeitsvermögen gesellschaftlich abzuwerten und bestimmte Personengruppen darauf festzulegen, als ernsthaftes Problem für die Demokratie. Die Arbeitsteilung im Bereich der Sorge- und Versorgungsarbeit hat sexistische, rassistische und klassistische Züge.“ **FOTO: YOUNION GEORG WILKE**

„Revitalisierung demokratischen Engagements jenseits der Erwerbstätigkeit“ suchen. Dreißig Jahre nach Gorz stellte der renommierte Ungleichheitsforscher Robert Castel die Frage, ob

und Gegenwart der modernen Organisation von Erwerbsarbeit. Erwerbsarbeit als Herrschaftsinstrument ist eine – zentrale – Spielart der Herrschaft des Marktes. Herrschaft verträgt sich



Margit Appel: „Erwerbsarbeit als Herrschaftsinstrument ist eine – zentrale – Spielart der Herrschaft des Marktes. Herrschaft verträgt sich bekanntlich nicht mit Demokratie.“ **FOTO: PRIVAT**

bekanntlich nicht mit Demokratie. Arbeitsverhältnisse sind vielfach so gestaltet, dass sie die Chancen zur aktiven Teilnahme an der demokratischen Meinungs- und Willensbildung untergraben. Den Nachweis tritt Axel Honneth mit seinem Buch „Der arbeitende Souverän. Eine normative Theorie der Arbeit“ an. Im Gegensatz zu der Vorstellung, die Bürger:innen seien vor allem damit beschäftigt, sich engagiert an politischen Auseinandersetzungen zu beteiligen, sähe die soziale Realität anders aus: „Tagtäglich und über viele Stunden hinweg gehen nämlich die meisten, von denen da die Rede ist, einer bezahlten oder unbezahlten Arbeit nach, was es ihnen aufgrund der damit verbundenen Unterordnung, Unterbezahlung oder Überforderung nahezu unmöglich macht, sich in die Rolle einer autonomen Teilnehmerin an der demokratischen Willensbildung auch nur hineinzusetzen.“ Diese undemokratischen Verhältnisse verlängern sich nahtlos hinein in die arbeitsmarktbezogenen sozialstaatlichen Regelungen. Wenn schon Erwerbsarbeit Herrschaftscharakter hat, erst recht Erwerbslosigkeit – eine doppeltgroße demokratiepolitische Baustelle. Wie eine Studie zeigen konnte, können Erfahrungen von Mitbestimmung und betrieblicher Demokratie gerade bei Menschen mit geringen sozio-ökonomischen Ressourcen – die wenig Vertrauen in die Wirksamkeit ihrer Stimme haben – die Bereitschaft zu politischer Beteiligung, zum Beispiel die Teilnahme an Wahlen, erhöhen. Überwiegen Erfahrun-

gen, dass demokratische Rechte nicht gelten – etwa ständige Verstöße gegen das Arbeitsrecht – ist das Vertrauen dieser Gruppe in das politische System insgesamt belastet und die politische Beteiligung sinkt (Stadt Wien/AK Wien /SORA 2020).

### Demokratisierung von Sorge und Versorgung

Je weiter oben Personen in der gesellschaftlichen Hierarchie stehen, desto seltener kommen sie in die Situation, Sorgearbeit selbst verrichten zu müssen. Männer können Tätigkeiten der Sorge und des Versorgens Frauen zuschieben; Vermögende können Sorgearbeit Menschen mit geringen materiellen Ressourcen zuordnen; jene, die sich als „rassistisch“ höherwertig betrachten, lassen sich die Sorgearbeit von jenen machen, die sie als unter ihnen stehend betrachten. Hierarchisierung und Abwertung vertragen sich bekanntlich nicht gut mit Demokratie.

Die US-amerikanische Politikwissenschaftlerin Joan Tronto benennt den Vorgang, bestimmte Arbeiten und das damit verbundene Arbeitsvermögen gesellschaftlich abzuwerten und bestimmte Personengruppen darauf festzulegen, als ernsthaftes Problem für die Demokratie. Die Arbeitsteilung im Bereich der Sorge- und Versorgungsarbeit hat sexistische, rassistische und klassistische Züge. Care-Arbeit wird dafür zuständig gemacht, gemeinsame gesellschaftliche Bedeutungen und Wertehorizonte aufrecht zu erhalten und Empathiefähigkeit grundzulegen, damit soziale Kooperation gelingen kann. Nicht anders als zynisch ist es zu bewerten, dass Personen bzw. Gruppen von Personen, die auf gesellschaftlich als „inferior“ bewertete Sorge- und Versorgungs-Tätigkeiten festgelegt sind, damit als nicht gleich „markiert“ sind. Die nächste demokratiepolitische Großbaustelle.

Nicht von ungefähr nehmen die Proteste, Demonstrationen und Streiks im Sorge- und Versorgungsbereich zu. Die Forderungen richten sich, ne-

ben Verbesserung von Einkommen und Arbeitsbedingungen, zuvorderst gegen die Feminisierung von Arbeitsbereichen und ihre damit verbundene Abwertung. Gesundheitspersonal in Spitälern, Pflegerinnen in Altenbetreuungseinrichtungen, Kindergärtnerinnen, 24-Stunden-Betreuerinnen und viele mehr erproben sich erfolgreich in neuen Arbeitskampfstrategien. Was sie auf die politische Agenda bringen, lässt sich nicht umfassend, aber doch pointiert mit den Forderungen des Schweizer Frauenstreiks 2019 benennen. Es geht um Lohn, Zeit und vor allem Respekt.

### Vertiefung von Demokratie

Die Verhältnisse in der Erwerbsarbeit und im Bereich der Sorge und Versorgung waren noch nie demokratisch. Die Rede von der „guten alten Zeit“ oder „den goldenen Jahren“ verbietet sich hier von selbst. Sich um eine Demokratisierung dieser Bereiche zu bemühen, würde also der Ansicht von Mouffe entsprechen, mittels Ausweitung bzw. Vertiefung von Demokratie Erfolge autoritärer Bewegungen hintanhaltend zu können.

**Buch-Hinweis:** siehe Seite 20

**Literaturangaben:** **Castel, Robert** (2011): Die Krise der Arbeit. Neue Unsicherheiten und die Zukunft des Individuums. Hamburger Edition : Hamburg | **Gorz, André** (2008): Abschied vom Proletariat. Jenseits des Sozialismus. Europäische Verlagsanstalt : Frankfurt/Main | **Honneth, Axel** (2023): Der arbeitende Souverän. Eine normative Theorie der Arbeit. Suhrkamp : Berlin | **Kampits, Peter** (2008): Arbeit und Muße zwischen Fremd- und Selbstbestimmung. In: Washietl, Engelbert / Pfisterer, Eva: Arbeit – der Mensch zwischen Fremd- und Selbstbestimmung | **Mouffe, Chantal** (2023): Eine Grüne demokratische Revolution. Edition Suhrkamp : Berlin | **Stadt Wien /AK Wien / SORA** (2020): Die Auswirkungen sozialer Ungleichheit auf die Demokratie | **Tronto, Joan C.** (2013): Caring Democracy. Markets, Equality and Justice. New York University | Press : New York



# Demokratiegefährdung durch religiösen Fundamentalismus

## Über fundamentalistische Tendenzen in monotheistischen Religionen als Reaktion auf Modernisierungsprozesse

Allen monotheistischen Religionen gemein sind verstärkte Tendenzen an ihren Rändern hin zum Fundamentalismus, beobachtet der steirische KAB-Vorsitzende **MARTIN HOCHEGGER**. Es eint sie die Entwicklung von Positionen, die sich Modernisierungsprozessen entgegenstellen und die Demokratie gefährden, etwa ein Antifeminismus.

**W**ir leben aktuell in einer Zeit, in der viele Erkenntnisse der Aufklärung und der damit einhergehenden Demokratisierung unserer Gesellschaften wieder massiv in Frage gestellt werden. Die Grundbotschaften der Französischen Revolution – Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit – werden vor allem durch das Wiedererstarken autoritärer Denkmodelle, rechtsextremer Parteien und anti-modernistischer religiöser Gruppen massiv in Frage gestellt.

### Religiöser Fundamentalismus als Gegenbewegung zur Moderne

Die allgegenwärtige reale und geschürte Angst vor einem radikalisierten Islam – bestimmt auch durch die menschenverachtende Terroraktion der Hamas in Israel und dem offensiven Selbstverteidigungskrieg der Israeli mit ganz vielen Opfern in der Zivilbevölkerung im Gazastreifen, verdeckt den Blick auf den massiv ansteigenden religiösen Fundamentalismus innerhalb und am Rande aller monotheistischen Religionen allgemein. Auch im Umfeld der großen christlichen Kirchen gibt es derzeit einen massiven Zulauf zu fundamentalistischen Gruppen, die sich die vorkonziliare Zeit zurückwünschen. Religiöser Fundamentalismus ist an sich kein isoliertes Phänomen, sondern ein Teil der autoritären Gegenbewegung, eine Reaktion auf Modernisierungsprozesse. In allen monotheistischen Religionen findet derzeit diese autoritäre Wende statt. Während im Vatikan im Rahmen des Synodalen Pro-

zesses um die Zukunft der Kirche gerungen wird, organisieren sich traditionalistische Gruppierungen wie die Piusbruderschaft oder das Netzwerk Agenda Europe am Rande der katholischen Kirche.

Mitglieder der Evangelikalen in den USA erstürmen das Weiße Haus in Washington, die Taliban terrorisieren die afghanische Zivilgesellschaft, und im Iran unterdrücken die Religionswächter die Bevölkerung und dabei vor allem die Frauen.

Dieser Fundamentalismus versucht der Komplexität der Moderne einfache Antworten entgegen zu setzen. Unter Rückbesinnung auf traditionelle Werte und religiöse Überzeugungen wird ganz massiv gegen „gefährliche moderne Tendenzen“ wie Pluralismus, Liberalismus, (sexuelle) Selbstbestimmung, Toleranz, Gleichstellung, Demokratie und Menschenrechte argumentiert.

Der religiöse Fundamentalismus steht für eine sehr konservative Familienpolitik, bekämpft staatliche Aufklärungsmodelle an Schulen, tritt gegen die Straffreiheit bei Schwangerschaftsabbrüchen auf und bekämpft die Trennung von Staat und Religion.

### Die Welt fällt vom Glauben ab und wird gleichzeitig fromm

Weltweit erleben wir derzeit einen interessanten, in sich widersprüchlichen Trend. Während Europa insgesamt säkularer wird, erlebt ein Teil der Welt (Nord- und Südamerika, Afrika) eine Ausbreitung des Christentums. In eigenen Staaten, wie im Sudan, in Kenia,

Tansania, aber vor allem in Indonesien, stehen wir vor dem Phänomen der Radikalisierung des Islams.

Eine besondere Dynamik ist durch die Migrationsbewegungen entstanden, die im letzten Jahrzehnt massiv nach Europa drängten. Flüchtlinge sind auf der Suche nach einem besseren Leben, nach mehr Sicherheit und einer Zukunft für ihre Kinder. Sie kommen in der Regel nicht aus religiösen Gründen nach Österreich oder Deutschland. Ein Gefühl von Unerwünschtheit kann sich einstellen, sobald sich der Ausblick auf eine bessere Zukunft eintrübt. Als Resultat einer misslungenen kulturellen Verankerung können sowohl die Religionsfrage als auch die Radikalisierung schließlich tatsächlich zu einem Problem werden.



Martin Hoegger: „Fasst man die aktuellen Entwicklungen zusammen, so lässt sich unschwer eine Renaissance autoritärer und illiberaler patriarchaler Werte feststellen. Gleichzeitig werden die Grundlagen unserer demokratischen Rechtsordnung immer mehr in Frage gestellt.“ **FOTO: PRIVAT**

Wenn sich der Glaube nun mit Kränkungen, Fremdheit, Stigmatisierung und auch mit Nostalgie auflädt, wenn sich die Zukunft nicht so einstellt wie man es sich, trotz enormen Einsatzes,

Fragen einen „Clash of the cultures“ oder ist von „Parallelgesellschaften“ die Rede, ist man sich in der Gleichstellungsthematik meist einig. Das was antimodernistische, traditionalisti-



Martin Hoegger: „Das was antimodernistische, traditionalistische, religiöse, rechtsradikale Gruppen und wesentliche Strömungen mit dem sonst als Bedrohung der christlichen Kultur apostrophierten Islam eint, ist die erwünschte untergeordnete Stellung der Frau in einer post-aufgeklärten Gesellschaft.“ **FOTO: ISTOCK / CARLOS BARQUERO PEREZ**

erwünscht oder erträumt hat, beginnen Menschen sich einer sogenannten besseren „Vergangenheit“ zu besinnen. Und die war nicht in erster Linie säkular, sondern religiös autoritär. Daher kann Religion tatsächlich zu einem Kristallisationskern für autoritäre Neigungen werden. Und aktuell wieder zu einer starken Zunahme des religiös begründeten Antisemitismus führen.

### Ein gemeinsamer Nenner rechtsnationaler, religiös-traditionalistischer Akteur:innen: der Anti-Feminismus

Der Wunsch nach Wiederherstellung der alten Rollenbilder und damit der Machtverhältnisse zwischen Männern und Frauen treibt gefährlich seltsame Blüten und schafft an sich paradoxe Übereinstimmungen. Gibt es in wesentlichen politischen und kulturellen

Gruppen und wesentliche Strömungen mit dem sonst als Bedrohung der christlichen Kultur apostrophierten Islam eint, ist die erwünschte untergeordnete Stellung der Frau in einer post-aufgeklärten Gesellschaft.

Die Zunahme antifeministischer Tendenzen hat zum einen mit der gleichzeitigen Zunahme rechtsnationaler Tendenzen und deren stark polarisierender Feindbildpolitik zu tun. Zum anderen sind rechtsnationale Weltanschauungen häufig von völkischen Ideen oder archaischem „Stammesdenken“ geprägt, dabei wird eine „natürliche Hierarchisierung“ des Volkes hochgehalten. Es wird in wertvolle und weniger wertvolle Menschen unterteilt. Sowohl im Innenverhältnis des jeweiligen Volkes als auch gegenüber der

„Außenwelt“. Auch wird dabei von einer „natürlichen“ Geschlechterhierarchie ausgegangen. Die völkische Rhetorik unterstellt, dass „politische Eliten“, sprich demokratische Institutionen oder bestimmte Personengruppen wie etwa „Feministinnen“, die vermeintlich „natürliche“ Ordnung verbieten würden. Auf dieser Basis inszeniert sich die neue Rechte als Bewahrerin der christlichen Werte, der Befreierin des Volkes, der Nation und der Männer.

Viele antifeministische Akteur:innen verteidigen die traditionelle Geschlechterordnung als eine für alle Zeit feststehende biologische oder göttliche Notwendigkeit. Frauen sind demzufolge für das Häuslich-Familiäre und Emotionale zuständig, Männer für Politik und Karriere. Zu diesem traditionellen Geschlechterverständnis gehört auch die Vorstellung, homosexuelle oder queere Menschen seien „abnormal“ und folglich nicht gleich(wertig), also minderwertig.

An dieser Stelle ist die Erwähnung des Kampfes gegen den „Genderismus“ unumgänglich. Aktuell sind Internetforen rechter Gruppen voll von gehässigen Kommentaren zu diesem Thema. Aber nicht nur die. Die Bildungskongregation für die katholische Lehre des Vatikans veröffentlichte am Pfingstmontag 2019 ein Papier, in dem sie vor einer Aufweichung der Geschlechtergrenzen warnt. Darin ist von einer einseitigen Denkschule als „Ideologie, die den Unterschied und die natürliche Wechselseitigkeit zwischen Mann und Frau leugnet“, die Rede. Die Gendertheorie würde darauf abzielen, die „anthropologischen Grundlagen der Familie“ zu zerstören.

Fasst man die aktuellen Entwicklungen zusammen, so lässt sich unschwer eine Renaissance autoritärer und illiberaler patriarchaler Werte feststellen. Gleichzeitig werden die Grundlagen unserer demokratischen Rechtsordnung immer mehr in Frage gestellt. Es gilt also mehr denn je auf die Gefahren dieser Entwicklung aufmerksam zu machen und gegenzusteuern.

## KOMMENTAR

### ZUR PERSON

**Karl Immervoll** ist Theologe, Schuhmacher und Musiker, war Pastoralassistent für Betriebsseelsorge im oberen Waldviertel und unterrichtete an der Lehranstalt für Pastorale Berufe und beim Musikschulverband Heidenreichstein mit Schwerpunkt „Musizieren im Sozialen Raum“. Er leitet den Lehrgang HINGEHEN für Seelsorge und christliches Engagement in der Arbeitswelt und ist seit März 2021 Bundesseelsorger der KABÖ.

FOTO: ERHARD HOIS



## Demokratie braucht Religion

„Alle Politiker gehören...!“ – ich will nicht weiterschreiben und auch nicht erzählen, was da noch so alles in den Postings steht. Grete ist Anfang 50. Sie hat früh geheiratet. Es war gleichsam eine Flucht aus schlechten Verhältnissen, auch vor einem (alleinerziehenden) Vater, der sie als Arbeitskraft am Hof benutzte. Sie zog bei den Schwiegereltern ein. Dort blieb sie die Schwiegertochter und hatte nicht wirklich viel zu reden. Die Schule hat Grete abgeschlossen, ging arbeiten, bekam zwischendurch Kinder – die mittlerweile außer Haus sind – und war auch immer wieder arbeitslos. Das ist sie auch jetzt. Wir brauchen Arbeitskräfte, hört und liest sie, aber mit Bewerbungen hat sie keinen Erfolg. Aufgrund eines schmerzhaften Nervenleidens ist sie keine 130-prozentige Arbeitskraft mehr. Mitunter hadert sie mit ihrem Leben ... und stellt Meldungen ins Internet. Manchmal frage ich mich, woher sie die hat?! Wenn sie überhaupt wählen geht, dann wählt sie blau, denn der sagt wenigstens, wie es ist. Letzteres erzählen mir auch Lehrer:innen von Polytechnischen Schulen oder Mitarbeiter:innen in Sozialmärkten: „Es braucht eben wieder einen starken Mann!“

### „Wehret den Anfängen“

Der evangelische Theologe Martin Niemöller (1892 – 1984) war dem Nationalsozialismus gegenüber positiv eingestellt. Allerdings änderte sich seine Meinung, als Hitler Kanzler wurde und zum „Reichskanzler“ mutierte. (In Österreich redet da ja einer davon „Volkskanzler“ zu werden!). Niemöller leistete Widerstand und kam ins Konzentrationslager Sachsenhausen und später Dachau. Von ihm stammt das Zitat: „Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist. Als sie die Gewerkschafter holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Gewerkschafter. Als sie die Juden holten, habe ich geschwiegen. Ich war ja kein Jude. Als sie mich holten, gab es keinen mehr der protestieren konnte“. Er will damit sagen: Es begann damals nicht mit den Juden und tut es auch heute nicht, sondern der Anfang ist viel

früher. „Wehret den Anfängen!“ Das ist leicht im Nachhinein zu sagen, aber wo sind die Anfänge, wenn wir mitten drinnen stecken? Ein Problem sind die schweigenden Mehrheiten.

### Nicht nur Stimme, auch Ohr

Hartmut Rosa, Soziologe und Autor, schreibt davon, dass es zur Demokratie nicht nur die Stimme braucht, sondern auch das Ohr, nämlich jenes Ohr, das die anderen Stimmen bereit ist zu hören. Und es braucht damit auch das hörende Herz, das die anderen hören und ihnen antworten will. Der Andere soll eben nicht sein Maul halten, weil er eh ein Idiot ist, und dem habe ich jetzt meine Meinung gesagt. Nein, so kommen wir nicht weiter. Es braucht den anderen Zugang: Du hast mir auch was zu sagen. Ich will mich von Dir erreichen (berühren) lassen.

### Demokratie bedarf des hörenden Herzens

Demokratie bedarf des hörenden Herzens, sonst funktioniert sie nicht, betont Rosa.\* „So gib deinem Diener ein hörendes Herz“, bittet Salomo seinen Gott, als er König wird (1 Kön 3,9). Hartmut Rosa spricht vor allem den Kirchen dafür die Kompetenz zu, denn sie haben die Erzählungen davon. In ihrer Bibel heißt es: „Ich habe das Elend meines Volkes gesehen und ihre laute Klage gehört.“ (Ex 3,7) oder: „Ich habe dich bei deinem Namen gerufen!“ (Jes.43,1). Wenn das kein Zuspruch ist! Für jede:n von uns, auch für Grete und alle Menschen, denen es ähnlich ergeht. Aber es braucht eben Ohren, die das hören.

\* Hartmut Rosa:  
Demokratie braucht Religion.  
Verlag Kösel



## Demokratie braucht Zeit

### Verkommt die Demokratie zum Störfaktor in einer ökonomisierten Gesellschaft?

Demokratie im Sinne der katholischen Soziallehre erfordert Zeit, denn „sie ist ein Prozess der Vermittlung zwischen Positionen von autonomen Individuen, die um ihre gesellschaftliche Verwobenheit wissen und diese wertschätzen“: Überlegungen von **KARL BRUNNER**, Geistlicher Assistent im Katholischen Verband der Werktätigen Südtirol (KVW).



Überlegungen von Karl Brunner, Geistlicher Assistent im Katholischen Verband der Werktätigen Südtirol (KVW) und Co-Präsident der Europäischen Bewegung christlicher Arbeitnehmer:innen (EBCA). FOTO: MICHAELA COMPLÖJER

Die Utopie ist bekanntlich der „u-topos“, also der „Nicht-Ort“. Jener wunderbar anmutende Platz, den es leider nicht gibt. Ich stelle mir die Frage – und bin mir bewusst, dass das in unseren Breiten ein Jamern auf hohem Niveau ist –, ob die Demokratie nicht aus der Zeit gefallen sei. Wollen wir uns mit unserer weitestgehend ökonomisierten Perspektive auf das gesellschaftliche Miteinander die Demokratie noch leisten oder wird sie zum Störfaktor?

Der Zeitverbrauch für den Diskurs und die Integration der unterschiedlichen Sichtweisen fordert uns in unserer intensiven Taktung heraus. Sollte nämlich eine „umfassend-ökonomisierte Zeitperspektive“ der Gradmes-

ser sein, dann bräuchte es die starken Führer:innen, die den geringeren Zeitverschleiß sicherstellen. Demokratie im Sinne der katholischen Soziallehre erfordert aber genau das Gegenteil: Zeit! Sie ist ein Prozess der Vermittlung zwischen Positionen von autonomen Individuen, die um ihre gesellschaftliche Verwobenheit wissen und diese wertschätzen. Er ist getragen von einer verbindenden Werteklammern, die die Demokratie aus sich nicht herstellen kann, aber unbedingt voraussetzt. Ohne sie ist die Integration der Minderheitenanliegen nicht in der Weise gestaltbar, dass deren Vertreter:innen die Mehrheitsposition dennoch mittragen und somit die Verbundenheit selber nicht zunehmend erodiert. Zeit braucht es, um Positionierungen auf persönlicher Ebene und in pluralen Organisationen – im (vor-)politischen Bereich – zu klären und in Austausch zu bringen. Erst durch den aktiven Beitrag der Vielen wird Demokratie lebendig.

Die Frage bleibt: Wollen wir das jenseits eines Lippenbekenntnisses wirklich oder ist das utopisch?

## Neues Leben

Das Meer  
der Krisen  
scheint  
unendlich  
Darum  
dürfen wir  
nicht  
aufhören  
trotz allem  
zu denken  
zu fühlen  
zu handeln  
so  
dass eines Tages  
wir  
angesichts des Kindes  
Hoffnung schöpfen  
und  
sagen dürfen  
Alles  
wird gut

Karl Immervoll

Die KABÖ wünscht allen ein gutes Fest der Weihnacht und Hoffnung und Zuversicht im Neuen Jahr!



FOTO: SHUTTERSTOCK

**IMPRESSUM:** Medieninhaber:in (Verleger:in): Katholische Arbeitnehmer - Bildungs- und Hilfswerk Österreich, 1010 Wien, Spiegelgasse 3/2/6 Herausgeber:in: Katholische Arbeitnehmer:innen Bewegung Österreich, Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien; 0664/6217198, kab.office@kaeo.at Geschäftsführung: Mag. Gabriele Kienesberger Chefredakteur:in: Mag. Elisabeth Ohnemus Redaktionsteam: Dipl.-Päd. Martin Hohegger, Mag. Gabriele Kienesberger, Mag. Anna Wall-Strasser Verwaltung/Anzeigen: Mag. Gabriele Kienesberger Layout: Karin Weiß, weisskarin@gmx.at Lektorat: Mag. Wilhelmine Deschberger, Dr. Sonja Meißl Adressverwaltung: Ursula Kleibel Hersteller:in und Expedit: Druckerei Wograndl/Mattersburg, Verlagsort Mattersburg Bankverbindung: Schelhammer Capital, BIC: BSSWATWW, IBAN: AT93 1919 0000 0012 0659

## BUCH-TIPP

---



Susanne Jalka  
**Streitkompetenz**  
Über den Zusammenhang  
von Konflikt und Demokratie

Verlag Mandelbaum  
Wien, 2023  
ISBN 9783991360209  
95 Seiten,  
€ 15



Margit Appel, Barbara  
Prainsack  
**Arbeit – Care –  
Grundeinkommen**

Verlag Mandelbaum, Wien,  
Reihe kritik & utopie  
Erscheinungsdatum:  
Jänner 2024  
Ca. 232 Seiten,  
voraussichtlicher Preis: € 18

Streiten ist einerseits eine persönliche soziale Kompetenz, andererseits ein unverzichtbares Mittel für politische Partizipation. Und dieses Streiten kann man lernen. Denn demokratische Staatsformen brauchen Bürger:innen, die sich am politischen Entscheidungsprozess beteiligen, die kooperationsbereit sind, über Selbstverantwortung und Frustrationstoleranz – also konstruktives Konfliktverhalten – verfügen. Die Autorin zeigt im historischen Blick den Zusammenhang von Konfliktverhalten und der Entwicklung von Demokratie als Streitkultur. In ihrem Buch erläutert sie an konkreten Beispielen Methoden, wie man gewaltfreies Streiten erlernen kann. Sie erklärt, wie man Widersprüche als Spannung nutzbar machen kann, dass Ambivalenz als Erweiterung des Möglichen, und Konflikte nicht als Bedrohung, sondern als Potential für Entwicklung zu verstehen sind. Das Ziel ist, Bewusstsein für Komplexität zu entwickeln – und zwar für die Komplexität von Konfliktstrukturen. Eine wichtige Technik ist der innere Monolog, ihm ist ein Schwerpunkt im Buch gewidmet.

Eine Debatte zur Frage, wie mit dem Bedingungslosen Grundeinkommen zur sozialen und ökologischen Transformation beigetragen werden kann, legen die beiden Autorinnen Margit Appel und Barbara Prainsack in diesem Band vor: „Arbeit ist nicht nur ein Job – sie gestaltet Gesellschaft. Doch hinter dem Wort Arbeit verbergen sich komplexe Verflechtungen. Einerseits wird die bezahlte Arbeit der einen durch die unbezahlte Arbeit der anderen erst möglich gemacht. Gleichzeitig nutzt unser Wirtschaftssystem Arbeitsplatzargumente als Rechtfertigung für exzessives Wachstum, das Menschen und natürliche Ressourcen rücksichtslos ausbeutet. Es zwingt uns in ein Hamsterrad, in dem wir funktionieren müssen, um zu überleben. Dieser Zwang beeinflusst nicht nur unser Leben, sondern auch die Zukunft unseres Planeten. Es ist von entscheidender Bedeutung, die Verflechtungen, die Arbeit zu dem gemacht haben, was sie heute ist, zu verstehen und zu hinterfragen. Um zu einer sozial und ökologisch gerechten, sorgeorientierten Gesellschaft zu gelangen müssen wir die Rolle und den Wert der Arbeit in unserer Gesellschaft neu überdenken. Das Bedingungslose Grundeinkommen kann dabei ein wichtiger Baustein einer solchen Transformation sein.“

## Zum Kennenlernen bietet ZEITZEICHEN ein Schnupperabo an:

**Bestellen Sie Ihr Gratis-Probeabo für 3 Ausgaben**

**per Post:**

senden Sie Name und Bezugsadresse an:  
ZeitZeichen, KABÖ,  
Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien

**oder per E-Mail:**

kab.office@kaoe.at

Österreichische Post AG  
MZ 02Z031417 M  
Katholische Arbeitnehmer - Bildungs- und Hilfswerk Österreich  
Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien